

# LandesvertreterInnen- versammlung

27. April 2013, Schkeuditz

Kandidaturen für die Wahlen zur Aufstellung  
der Landesliste der LINKEN Sachsen  
für die Bundestagswahl 2013

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND SACHSEN



# Inhaltsverzeichnis

<b>Susanna Karawanskij</b> Wahlkreis 151 · Nordsachsen	5
<b>Dr. Barbara Höll</b> Wahlkreis 152 · Leipzig I	6
<b>Mike Nagler</b> Wahlkreis 153 · Leipzig II	7
<b>Dr. Axel Troost</b> Wahlkreis 154 · Leipzig Land	8
<b>Caren Lay</b> Wahlkreis 156 · Bautzen I	9
<b>Dr. Ilja Seifert</b> Wahlkreis 157 · Görlitz	10
<b>Dr. André Hahn</b> Wahlkreis 158 · Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	11
<b>Katja Kipping</b> Wahlkreis 159 · Dresden I	12
<b>Lothar Schmidt</b> Wahlkreis 161 · Mittelsachsen	13
<b>Michael Leutert</b> Wahlkreis 162 · Chemnitz	14
<b>Jörn Wunderlich</b> Wahlkreis 163 · Chemnitzer Umland-Erzgebirgskreis II	15
<b>Andrea Schrotek</b> Wahlkreis 164 · Erzgebirgskreis I	16
<b>Sabine Zimmermann</b> Wahlkreis 165 · Zwickau	17
<b>Janina Pfau</b> Wahlkreis 166 · Vogtlandkreis	18
<b>Thiemo Kirmse</b> Landesliste · Stadtverband Chemnitz	19
<b>Thomas Kachel</b> Landesliste · Stadtverband Leipzig	20

Eine ständig aktualisierte Liste aller Kandidaten mit teilweise erweiterten Vorstellungstexten finden Sie im Internet unter [www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)

**Impressum**

Herausgeber: Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen  
Redaktionelle Betreuung, Satz: Rico Schubert  
Redaktionsschluß: 28.3.2013  
Auflage: 450  
V.i.S.d.P: Rico Schubert

# Susanna Karawanskij

## Was ist linke Politik?

Die Frage ist wahrscheinlich so alt wie es linke Ansätze und Denkweisen gibt. Man ist geneigt sofort die Programmpunkte zusammenzufassen und landet dabei natürlich auch bei den Klassikern. Ausgangspunkt und Kern linker Politik lässt sich für mich unter



dem für SächsInnen bekannten Slogan »Im Mittelpunkt der Mensch« zusammenfassen. Wir können den Kapitalismus anprangern, uns gegen Krieg erheben, die soziale Gerechtigkeit und Solidarität einfordern, uns für einen handlungsfähigen Staat, eine starke Gesellschaft und mehr Demokratie einsetzen und vieles anderes mehr. Wenn wir dabei den Blick von den Menschen ablassen würden, verkommt Politik zur Worthülse. Unser Ziel ist jedoch auch die Verbesserung der ganz konkreten Lebensverhältnisse. Seit mehreren Jahren bin ich Fraktionsgeschäftsführerin der LINKEN im Landkreis Nordsachsen. Diese vielseitige und herausfordernde Arbeit ist oft sehr kleinteilig. Man spricht nicht auf Großkundengebungen oder hat in dem vorwiegend ländlich geprägten Gebiet politische Massendemonstrationen. Es sind die kleineren Formate, die in der Kommunalpolitik überwiegen. Aber genau diese machen es aus, dass DIE LINKE vor Ort Partner ist. Dabei haben wir als Partei auch die Aufgabe Entscheidungsprozesse auf den verschiedenen politischen Ebenen für die Menschen transparent zu machen und nötigenfalls zu »übersetzen«. Es ist vielleicht nicht für alle nachvollziehbar was Kohäsions- und Strukturfonds sind und wie diese zustande kommen. Über die Auswirkungen,

wenn Fördermittel gestrichen werden, wichtige Investitionen in den ländlichen Regionen nicht getätigt werden und Kommunen aufgrund ihrer finanziellen Misere kurz vor dem Exitus stehen, können wir sehr praxisnah und lebenswirklich miteinander reden. Politik ist kompliziert (geworden) und Demokratie, vor allem Beteiligungsprozesse, braucht viel Zeit. Das ist manchmal ermüdend und vielleicht auch ein Grund für die so genannte Politikverdrossenheit, gerade wenn man sich die Zahlen zur Wahlbeteiligung anschaut. Ausschließlich mit Parolen lässt sich dagegen nicht angehen. Vielmehr müssen wir zeigen, was wir ändern wollen, was sich konkret für jede/n Einzelne/n ändern kann und welche Schritte wir dafür gehen. Denn: Es sind die Menschen für die wir streiten und kämpfen, alles andere ist eitel.

## Biografisches in Zahlen

geboren am 7. Mai 1980 in Leipzig  
 2006 Abschluss Magistra der Politik- und Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig  
 2006 – 2009 Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Leipzig in verschiedenen Forschungsprojekten (Grenzüberschreitende Kriminalitätsprävention Deutschland-Polen-Tschechien (AGIS Programm), Staatliche Intervention- und Präventionspraxen auf rechtsradikale Jugendkulturen (DAPHNE Programm)  
 seit 2008 Geschäftsführerin der Kreisfraktion DIE LINKE. Nordsachsen

## Politisches in Stichpunkten

seit Juni 2012 Vorsitzende der LINKEN im Kreisverband Nordwestsachsen  
 Mitglied des Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen  
 Mitglied der Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen  
 Mitglied im Kommunalpolitischen Forum Sachsen  
 Mitglied im Institut Solidarische Moderne  
 Ver.di Mitglied

## Persönliches in Kürze

Stricken, Laufen, Harfe und Klavier spielen

## Leitmotiv

»Pessimismus des Verstandes und Optimismus des Willens« (Antonio Gramsci)

# Dr. Barbara Höll

Vor vier Jahren bin ich in eine erneute Legislaturperiode gestartet, um in den Zeiten schwarz-gelber Politik nicht Bankerboni sondern Steuergerechtigkeit zu fördern und anstatt Herdprämie, Gleichstellung für alle einzufordern. Bei meiner erfolgreichen Arbeit halfen mir vor allem meine Mitarbeiterinnen und Mit-



arbeiter in Berlin und Leipzig und das alltägliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis. Diese Gemeinschaftsarbeit möchte ich in den kommenden vier Jahren auf drei zentralen Achsen fortführen:

- als steuerpolitische Sprecherin gemeinsam mit unserem finanzpolitischen Sprecher Axel Troost sozial gerechte, wirtschaftlich sinnvolle und ökologisch erfolgreiche Alternativen zu schwarz-gelb und rot-Grün aufzeigen

- Gleichstellung für Schwule und Lesben durchsetzen und insbesondere den Interessen alleinerziehender Mütter und Väter Gehör verschaffen

- die Belange ostdeutscher Bürgerinnen und Bürger und insbesondere sächsische respektive Leipziger Interessen vertreten

zu 1: Trotz der Finanz- und Eurokrise hat sich an der deutschen Steuer- und Fiskalpolitik wenig geändert. Es tut Not, endlich die Verursacher der Krisen zur Kasse zu bitten, die Finanzmärkte zu regulieren und Steuerhinterziehung wirksam zu bekämpfen. Steuergerechtigkeit bedeutet für mich Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen sowie die Belastung hoher Einkommen! Zur Reform der Einkommen- und Erbschaftsteuer und zur Wiedererhebung

der Vermögensteuer habe ich mit Axel Troost und unseren Teams machbare Vorschläge entwickelt. Als Leiterin des Arbeitskreises II für Umwelt und Energie, Wirtschaft, Steuern und Finanzen trug ich die Verantwortung in diesen Politikbereichen, unsere Positionen zum Atomausstieg und zur Energiewende, zu bezahlbaren Energiepreisen und Investitionen der öffentlichen Hand weiter zu entwickeln. Es ist auch unser Erfolg, dass die Energie- und Strompreise sowie Steuergerechtigkeit Themen für die Bundestagswahl 2013 sind.

Zu 2: Die Rechte von Lesben, Schwulen, Inter- und Transsexuellen werden in Deutschland noch immer viel zu gering geachtet. Ich werde weiter für die Öffnung der Ehe für alle, gleichzeitig deren Entprivilegierung sowie den Ausbau familienfördernder Maßnahmen streiten. Das begangene Unrecht an tausenden schwulen Männern in beiden deutschen Staaten muss endlich aufgehoben und Entschädigungen gezahlt werden. Durch die gezielte verbesserte Förderung der Kinder müssen endlich auch wieder Alleinerziehende entlastet werden. Darüber hinaus setze ich mich für die Rechte von Asylsuchenden in Leipzig ein.

Zu 3: In den vergangenen Jahren wies ich die Bundesregierung auf viele »vor-Ort-Probleme« hin, um sie dazu zu bringen, Lösungen zu finden. Ob es um die Öffnungszeiten der Deutschen Nationalbibliothek am Standort Leipzig, die einkommensteuerliche Behandlung von Tagesmüttern, die Südabkurvung des Leipziger Flughafens, das Kurzarbeitergeld der Mitarbeiter der SIAG AG, oder die Finanzausstattung im öffentlichen Personennahverkehr ging, alles ist wichtig und wurde von mir angesprochen. Darüber hinaus war aber genauso das Aufdecken der intensiven Beziehungen zwischen der Bundesregierung und Geschäfts- und Investmentbanken wichtig. Weiterhin konnte der Fraktionsverein, dessen Vorsitzende ich bin, zahlreiche Projekte finanziell fördern.

Ich bitte darum, meine Arbeit, meine Themen und die angestoßenen Projekte rund um Steuergerechtigkeit, Gleichstellung und Leipzig/ Sachsen/ Ostdeutschland weiter zu unterstützen. Gemeinsam mit Axel Troost möchte ich die begonnene Arbeit erfolgreich fortsetzen und meine Erfahrung dazu nutzen, auch in Zukunft viel für die Menschen in und außerhalb von Leipzig erreichen zu können. GEMEINSAM können wir unsere Welt ein Stück besser machen!

# Mike Nagler

Ich bin 34 Jahre alt, bin in Karl-Marx-Stadt geboren und lebe seit zwölf Jahren in Leipzig. Ich habe Architektur und Bauingenieurwesen an der HTWK studiert und abgeschlossen, in diesem Bereich gearbeitet und promoviere im Rahmen eines Städtevergleichs über den Einfluss lokaler Eliten in Privatisierungsprozessen.



Meine wissenschaftliche und praktische Arbeit haben mich zu der Überzeugung gebracht, dass zentrale gesellschaftliche Bereiche wie Wasser, Bildung oder Gesundheit nicht zur Ware werden dürfen. Selbst politisch aktiv bin ich seit dem Jahr 2000, nachdem ich während eines längeren Aufenthalts in Bolivien die dortige erfolgreiche Protestbewegung gegen die Privatisierung des Wassers miterlebt habe.

Während meines Studiums habe ich mich im Rahmen der studentischen Selbstverwaltung vor allem mit Bildungs- und Hochschulpolitik beschäftigt. Durch meine Arbeit in politischen Gruppen und Initiativen sind weitere Themen dazugekommen. Zu meinen Schwerpunkten zählen die Sicherung öffentlichen Eigentums, Steuergerechtigkeit, das Engagement gegen Krieg und die Regulierung von Finanzmärkten. Ich engagiere mich in verschiedenen Netzwerken und Initiativen in Leipzig und bin seit vielen Jahren auch europa- und bundesweit in außerparlamentarischen Bündnissen aktiv.

Politik machen heißt für mich, auf die Interessen und Sorgen der Menschen vor Ort einzugehen und sie in Entscheidungsprozesse mit einzubeziehen. Vorstellungen einer gerechten und solidarischen Gesellschaft, wie sie auch von außerparlamentarischen

tarischen Bewegungen formuliert werden, möchte ich in den Bundestag tragen.

Ich bin bereits zur Bundestagswahl 2009 in Leipzig Süd angetreten, damals haben wir mit 25,5 Prozent ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Dennoch hat es nur für den zweiten Platz gereicht, und die CDU hat mit drei Prozent Vorsprung das Direktmandat errungen. Seitdem habe ich kontinuierlich politisch gearbeitet, neue Bündnisse geschmiedet und Netzwerke geknüpft. Ich trete dieses Jahr erneut an und bin überzeugt, dass wir diesmal gemeinsam den Leipziger Wahlkreis gewinnen können.

## Tätigkeit

Dipl.-Ing. für Architektur (2004)  
 Master of Science im Bauingenieurwesen (2007)  
 seit 2009 Mitglied am Institut für Bauwirtschaft der HTWK Leipzig  
 Schwerpunkt: Privatisierung vs. (Re-)Kommunalisierung / Gemeinwohlorientierung  
 seit 2008 Doktorand und Promotionsstipendiat der RLS (TU Darmstadt), Thema: »Der Einfluss lokaler Eliten auf die Privatisierung kommunaler Leistungen - Vergleichende Analyse eines Spannungsfeldes, dargestellt am Beispiel deutscher Großstädte.«

## ggw. Engagement

2013, Mitinitiator Bürgerbegehren Privatisierungsbremse für Leipzig  
 seit 2010 Mitglied des Hochschulrats HTWK Leipzig  
 seit 2005 aktiv bei Attac, seit 2009 Bundeskoordinierungskreis Attac Deutschland (Schwerpunkte: Finanzmärkte / Steuergerechtigkeit / Demokratie / (Re-)Kommunalisierung  
 Vorstand globalLE e.V. – das globalisierungskritische Filmfestival in Leipzig  
 Antiprivatisierungsinitiative Leipzig (APRIL-Netzwerk)  
 Mitinitiator des erfolgreichen Leipziger Bürgerbegehrens »Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt«  
 Mitinitiator des Leipziger Bündnisses gegen Atomkraft

## Mitgliedschaften

Partei der Europäischen Linken, ver.di, attac, Mehr Demokratie e.V., Netzwerk Steuergerechtigkeit, Förderverein der HTWK Leipzig

## Dr. Axel Troost

DIE LINKE hat bei einer Reihe zurückliegender Wahlen nicht gut abgeschnitten. Das ist kein Grund zur Resignation, vielmehr sind Aufbruchstimmung und Realitätssinn gleichermaßen gefragt. Denn unsere neue Bundestagsfraktion, die im Herbst aus den Wahlen hervorgehen wird, steht vor einer enormen Heraus-



forderung: wir müssen einerseits unser Profil wahren, dass wir beim Thema soziale Gerechtigkeit keine faulen Kompromisse machen und deshalb eine Steinbrück-Politik (»links blinken, rechts abbiegen«) lautstark kritisieren werden. Andererseits müssen wir aber – mehr als bisher – eine Kreativwerkstatt realitätsstauglicher linker Alternativen werden. Kritik allein genügt nicht. Wir müssen den Menschen auch sagen, wie wir zu einem anderen, solidarischen Gesellschaftsmodell von Umverteilung und Solidarität – in Deutschland, in Europa und weltweit – kommen können. Dazu gehört auch – und darin sehe ich besonders meine Kompetenz – diese Alternativen mit volkswirtschaftlichem Sachverstand zu unterlegen. Damit LINKE-Politik wieder stärker in den gesellschaftlichen Diskurs eingespeist und dort auch verankert werden kann, werde ich die Kontakte, Vernetzungen und Erfahrungen nutzen, die ich z.B. in meiner 34-jährigen Arbeit in der AG Alternative Wirtschaftspolitik, in meinen 12 Jahren praktischer Arbeitsmarktpolitik in Rostock von 1990 bis 2002 und im Vorstand des Instituts Solidarische Moderne (ISM) gesammelt haben. Als Mitglied bei ver.di und attac sowie im parlamentarischen Koordinierungskreis der Kampagne »Steuer gegen Armut« für die Einführung der Finanztransaktionssteuer stehen für mich

die Übersetzung und Einspeisung unserer Alternativen in praktische Politik innerhalb und außerhalb des Berliner Parlamentsbetriebes gleichwertig nebeneinander. In der nächsten Legislatur möchte ich die LINKE u.a. in der sog. Föderalismuskommission III vertreten, wo die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie der Länderfinanzausgleich neu geregelt werden sollen. Außerdem will ich in sehr guter Zusammenarbeit mit Barbara Höll die Steuer- und Finanzpolitik der LINKEN weiterentwickeln. Neben der Euro-Krise liegt ein weiterer Schwerpunkt auf dem Bereich der Kommunal финанzen. (Rück-)Umverteilung darf nicht nur eindimensional auf die Abschöpfung von Reichtum beschränkt werden. Umverteilung zugunsten breiterer Bevölkerungsschichten geht über eine andere Steuerpolitik hinaus und umfasst nahezu alle anderen Politikbereiche. Um zu beleuchten, was das bedeutet, verweise ich auf die dringlichsten acht Punkte eines alternativen Wirtschaftskonzepts, die diese Komplexität abbilden:

1. Gesetzlicher Mindestlohn und mindestens verteilungsneutrale Einkommenspolitik
2. Gute Arbeit – Gutes Leben: Prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen
3. Steuerliche UmFairTeilung und Zukunftsprogramm mit einem entschiedenen sozial-ökologischen Umbau (Plan B) einschließlich einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor
4. Arbeitszeitverkürzung
5. Armutsfeste Grundsicherung
6. Re-Regulierung des Banken- und Finanzmarktsystems
7. Erhalt und Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und entschiedene, aber realistische Schritte in Richtung Wirtschaftsdemokratie
8. Schritte hin zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

### Biographisches

Diplom-Volkswirt, geb. 1954, verheiratet, 2 erwachsene Kinder  
seit 2005 MdB, einer der Parl. Geschäftsführer der Bundestagsfraktion DIE LINKE., Finanzpolitischer Sprecher und Mitglied im Unterausschuss Kommunales, Verwaltungsratsmitglied der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin); Mitglied im SprecherInnenrat der BAG Kommunalpolitik der LINKEN; 2005-07 gf. Bundesvorstand WASG und seit 2007 Parteivorstand DIE LINKE, seit 2012 stellv. Parteivorsitzender.

# Caren Lay

Als verbraucherpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion habe ich in den letzten 3 Jahren versucht, DIE LINKE wieder als eine Partei für den Alltag, als Kümmererpartei zu stärken, die am Alltag der Menschen ansetzt und dafür sorgt, dass ihnen Unternehmen und Konzerne nicht allzu tief in den Geldbeutel



greifen können. Deswegen lag mein Schwerpunkt auf Themen wie steigende Preise, überhöhte Dispo-Zinsen, Belästigung durch Telefonwerbung und untergeschobene Verträge, unseriöses Inkasso und Schutz auf den Finanzmärkten. Forderungen nach der Deckelung von Dispozinsen, nach einem Finanz-TÜV, nach einem Girokonto für alle, nach einer Sozialbahncard u.v.m habe ich in den Bundestag sowie in die öffentliche Debatte eingebracht. Meine Hauptthema der letzten Jahre waren bezahlbare Energiepreise. Denn insbesondere bei Menschen mit niedrigen Einkommen, sind die Kosten für Energie und Wärme zu einer Belastung geworden, die viele nicht mehr tragen können. Stromabschaltungen und Zwangsumzüge sind häufig die Folge. Zu diesem Thema habe ich viele Veranstaltungen in Sachsen und bundesweit gemacht Als Stv. Parteivorsitzende kämpfe ich seit Langem darum, DIE LINKE als Partei bezahlbarer Mieten zu etablieren. Denn dies wird zunehmend auch in ostdeutschen Kleinstädten zu einer zentralen sozialen Frage. Für die Themen soziale Energiewende und bezahlbares Wohnen bin ich im Spitzenteam der LINKEN verantwortlich. Es ist mir wichtig, die konkrete Lebenssituation der Menschen vor Ort nicht aus den Augen zu verlieren. Deshalb betreibe ich eine

aktive Wahlkreisarbeit. Egal ob es sich um Jugendclubs in Not oder von Insolvenz bedrohte Solarfirmen handelt, wenn Fahrpreise erhöht oder Rettungsdienste privatisiert werden, wenn die Gebühren für Abwasser, Müll oder Straßenaus steigen– überall ist die LINKE gefragt und ich mische mich ein. Einmischen werde ich mich auch weiterhin, wenn es um Nazis geht in Hoyerswerda, in Bautzen, in Dresden und überall sonst. Ich bin froh, dass DIE LINKE sich weder von den zahlreichen Anschlägen auf unsere Büros noch von den Repressionen gegen »Dresden nazifrei!« abschrecken lässt und vorne mit dabei ist, wenn es darum geht, sich den Nazis in den Weg zu stellen oder AsylbewerberInnen zu schützen. Die soziale Energiewende und bezahlbares Wohnen, der Schutz der Verbraucher vor den Konzernen – das sind Themen, die auch in Zukunft neben unseren Schwerpunkten gute Arbeit, Rentenangleichung Ost-West und Steuergerechtigkeit eine wichtige Rolle für DIE LINKE spielen werden. Ich möchte weiter im Bundestag daran arbeiten und werbe deshalb erneut für eure Stimme.

Eine ausführlichere Bilanz meiner Arbeit findet ihr auf meiner Homepage [www.caren-lay.de](http://www.caren-lay.de).

## Biografischer Hintergrund:

Geboren 1972 in Neuwied  
Politisch sozialisiert in der westdeutschen Umwelt-, Frauen- und Friedensbewegung  
1992-1999 Studium der Soziologie, Politik und Frauenforschung in Marburg, Frankfurt/ Main, USA. Abschluss als Diplom-Soziologin an der FU Berlin  
2000: Referentin der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag und Umzug nach Dresden  
2003/4: Referentin im Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft  
2004-2009 Abgeordnete im Sächsischen Landtag: Arbeitsmarktpolitische Sprecherin und Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE  
Seit 2009 Bundestagsabgeordnete, verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Wahlkreis Bautzen mit Bürgerbüros in Hoyerswerda, Bautzen und Meißen  
Seit 2006 im Parteivorstand der Linkspartei.PDS, dann der LINKEN  
2010-2012 Bundesgeschäftsführerin DIE LINKE.  
Seit 2012 stellvertretende Parteivorsitzende DIE LINKE

# Dr. Ilja Seifert

## Nichts über uns ohne uns!

Liebe Genossinnen und Genossen, schon mehrfach vertrautet Ihr mir ein Bundestagsmandat an. Ich nutze es, um linke Politik aus einer spezifischen Perspektive ins Parlament einzubringen: aus der von Men-



schen mit Beeinträchtigungen. Dies ist ein Alleinstellungsmerkmal der LINKEN. Ohne Euer Mandat würde diese Dimension – das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Selbstvertretung – im Bundestag fehlen. Als behinderten- und tourismuspolitischer Sprecher unserer Bundestagsfraktion koordiniere und vertrete ich zwei Querschnittsthemen, die jeweils praktisch alle Politikfelder durchziehen. Dafür schöpfe ich aus drei Quellen. Eine ist meine politische Linksorientierung: Frieden, soziale und ökologische Nachhaltigkeit, lebendige Demokratie und Barrierefreiheit sind hier die Hauptworte für mein/ unser Engagement (innerhalb und außerhalb des Parlaments). Die zweite ist meine feste Verwurzelung in der emanzipatorischen Behindertenbewegung. Es geht um gutes Leben durch freie Entfaltung der Persönlichkeit jedes Menschen, unabhängig von Art, Ursache und/oder Schwere einer Beeinträchtigung. Dazu ist selbstbestimmte Teilhabe zu ermöglichen. Und zwar durch den Ausgleich behinderungsbedingter Nachteile und umfassende Barrierenbeseitigung, auch der Barrieren in den Köpfen. Die dritte Quelle seid Ihr, liebe Genossinnen und Genossen. Insbesondere in der Oberlausitz, aber auch aus allen anderen Teilen des Landes. Eure Alltags-Erlebnisse im Kapita-

lismus, Eure Erfahrungen als »Ossis«, Eure politischen Initiativen und Eure Visionen für Zukunft, die Ihr so rege mit mir teilt, erlauben mir, mich sicher zu bewegen, wenn wir mit Heuchelei und Schönfärberei, mit Druck, Haß und höhnischem Machtgehabe geblendet und/oder in die Irre geführt werden sollen. Seit vier Jahren ist die UN-Behindertenrechtskonvention innerstaatlich geltendes Recht in der BRD. Sie weitet die Menschenrechtsperspektive und öffnet kapitalismuskritischen Bewegungen große Räume. Sie ist weltweit gültig und stößt doch allenthalben an die Grenzen des auf Egoismus und Profitmaximierung gegründeten Systems. Sie bietet zugleich Chancen, schon im Jetzt und Hier Weichen in eine Richtung zu stellen, in der die freie Entfaltung jeder und jedes Einzelnen tatsächlich als Voraussetzung für das Wohl Aller verstanden wird. Meine ehrenamtliche Funktion als Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland »Für Selbstbestimmung und Würde« e.V. (ABiD) und die des Bundestagsabgeordneten verlangen und fördern regen Erfahrungsaustausch, der bundes- und europaweit geführt wird. Er ist eine wichtige Brücke in die Zivilgesellschaft. Er bündelt Erfahrungen, Forderungen und Konzepte aus der Perspektive von Menschen, die es schwerer haben. Ich bringe sie – über DIE LINKE – authentisch in die Debatte ein. Politik soll das Zusammenleben innerhalb einer Gesellschaft organisieren. Und sie muß Perspektiven für zukünftige Entwicklungen öffnen. Beides geht besser und humanistischer, wenn der Blickwinkel »von unten« nicht verloren geht. »Nichts über uns ohne uns!« ist eine Forderung, die nicht nur für die Behindertenbewegung gilt. Ich bitte Euch abermals um Euer Vertrauen, damit ich – gemeinsam mit Euch – meine breit gefächerte parlamentarische Arbeit fortsetzen kann.

### Biographisches

Dr. Ilja Seifert (61), Germanist/Literaturhistoriker, seit 1967 durch Badeunfall querschnittsgelähmt, Mitglied der Volkskammer 1990 und des Deutschen Bundestages von 1990-1994, 1998-2002 und seit 2005, Vorsitzender des Allgemeinen Behindertenverbandes in Deutschland »Für Selbstbestimmung und Würde« e.V. (ABiD), Mitglied des Deutschen Behindertenrates sowie des Europäischen Behindertenforums (EDF). Mehr Infos: [www.ilja-seifert.de](http://www.ilja-seifert.de)

# Dr. André Hahn

## Warum ich kandidiere:

Als ich vor gut einem Jahr gefragt wurde, ob ich mir vorstellen könne, 2014 bei den Wahlen zum Bundestag anzutreten, befand sich die LINKE in einer extrem schwierigen Situation. Wir bewegten uns gefährlich nahe an der Fünf-Prozent-Hürde und auf dem



Göttinger Parteitag mit den dort anstehenden Personalentscheidungen drohte sogar eine Spaltung der Partei, die zum Glück vermieden werden konnte. Obwohl ich sehr gern Fraktionsvorsitzender im Landtag war, stimmte ich einer Kandidatur zu, um mit meinen politischen Erfahrungen und auch mit meiner Bekanntheit mitzuhelfen, dass Sachsen als größter Landesverband seinen Beitrag dazu leistet, dass wir wieder mit einer starken Fraktion in den Bundestag einziehen. DIE LINKE hat sich inzwischen einigermaßen stabilisiert, aber wir sind noch lange nicht »über den Berg«. Für ein gutes Wahlergebnis bei den Bundestagswahlen werden wir hart kämpfen müssen und sollten dabei vor allem unser eigenes Profil schärfen. Jetzt ist nicht die Zeit, um über irgendwelche Konstellationen oder gar Koalitionen zu diskutieren. Wir müssen mit unseren originären Inhalten punkten: Soziale Gerechtigkeit, Friedenspolitik, Vertretung der Ost-Interessen, aber auch Bildung und Stärkung der Demokratie. Ich bleibe dabei: Niemand braucht eine zweite SPD, die Bundesrepublik braucht eine starke LINKE!

## Persönliches

geb. am 20. April 1963; verheiratet, eine erwachsene Tochter

wohnhaft in Kurort Gohrisch (Sächsische Schweiz)  
Berufsausbildung (Schriftsetzer) mit Abitur  
1984-1989 Studium als Lehrer für Deutsch und Geschichte an der Berliner Humboldt-Universität, anschl. Forschungsstudium Politikwissenschaft  
1991-1994 Wissenschaftl. Mitarbeiter der Fraktion Linke Liste/ PDS im Sächsischen Landtag  
1994 Promotion zum Dr. rer.soc. zum Thema »Politische Kultur im letzten Jahr der DDR – Untersuchungen anhand der Runden Tische«  
Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)  
Hobbys: Sport (insb. Fußball); außerdem gehe ich gern Angeln (am liebsten in Irland oder Norwegen)

## Politisches

Mitglied der SED (1985-1989) und der PDS (jetzt DIE LINKE) seit 1990  
1990 Mitglied des Zentralen Runden Tisches der DDR (AG Bildung, Erziehung, Jugend)  
1991 Mitglied des Bundesvorstandes der PDS  
1991-1995 Mitglied des Landesvorstandes Sachsen der PDS  
1992-1999 Mitglied des Bundesparteirates der PDS

## Parlamentarisches

seit 1994 Mitglied des Kreistages Sächsische Schweiz (-Osterzgebirge), davon 14 Jahre als Fraktionsvorsitzender der PDS bzw. der LINKEN  
seit Dez. 1994 Mitglied des Sächsischen Landtages  
1995-2007 Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion  
2007-2012 Fraktionsvorsitzender der LINKEN in Sachsen  
seit 1996 Mitglied der Parlamentarischen Kontrollkommission zur Überprüfung der Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz  
Mitgliedschaft in mehreren Untersuchungsausschüssen des Landtages, so in der 3. Wahlperiode u.a. Stellv. Vorsitzender des Paunsdorf-UA sowie Vorsitzender des Sachsenring-Untersuchungsausschusses  
2009 Vorsitzender der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN im Deutschen Bundestag sowie in den Landesparlamenten  
1999/2004/2009/2012 Mitglied der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten  
Mitglied im Parlamentarischen Beirat der Stiftung für das sorbische Volk sowie im Beirat der Sächsischen Aufbaubank  
langjähriger bildungs- und sportpolitischer Sprecher der Fraktion  
derzeit innenpolitischer Sprecher sowie stellv. Vorsitzender des Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses

# Katja Kipping

## Biografie

Geboren am 18. Januar 1978 in Dresden  
1984 bis 1996 Schulzeit  
1996 Abitur am Annen-Gymnasium in Dresden  
1996 bis 1997 Freiwilliges Soziales Jahr in Russland  
1997 bis 2003 Magisterstudium der



Slawistik/ Amerikanistik/ Rechtswissenschaft an der TU Dresden  
2003 erfolgreicher Abschluss des Studium mit Magisterarbeit zum Thema »Interdependenzen zwischen Politik und Literatur, exemplarisch dargestellt an Werken von Cernysevskij, Cechov und Blok«  
Februar 2011 Heirat, November 2011 Geburt meiner Tochter

## Politische Vita

April 1998 Eintritt in die PDS  
1999 bis 2003 Stadträtin in Dresden  
September 1999 bis Oktober 2005 Abgeordnete im Sächsischen Landtag (Sprecherin für Verkehrs- und Energiepolitik; bis 2004 Mitglied im Präsidium, seit 2003 Mitglied im Fraktionsvorstand)  
seit Juli 2003 stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei.PDS (Arbeitsschwerpunkte: Agenda Sozial; Kontakt zur sozialen Bewegung)  
seit 2005 Mitglied des Bundestages, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE  
seit Juni 2007 stellvertretende Vorsitzende der Partei DIE LINKE.  
November 2009 bis Juli 2012 Vorsitzende des Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales  
2. Juni 2012 Wahl zur Vorsitzenden

der Partei DIE LINKE in einer Doppelspitze mit Bernd Riexinger

## Außerparteiliches und außerparlamentarisches Engagement

Während Schulzeit: Klassen- und Schulsprecherin, Mitarbeit beim Jugendverein Roter Baum und Umweltgruppe der Grünen Liga  
Zu Studiumsbeginn Mitarbeit im Protestbüro der TU Dresden  
2003 bis 2005 Sprecherin beim Fahrgastbeirat der DB Regio Sachsen  
2004 bis Mai 2008 Mitbegründerin und Sprecherin beim bundesweiten Netzwerk Grundeinkommen  
Redakteurin und Mitherausgeberin des Magazins »prager frühling«  
Vorstandsmitglied im Crossover-Instituts »Solidarische Moderne«

# Lothar Schmidt

Schaut man sich die Entwicklung und den Zustand der BRD in den letzten 15 Jahren etwas genauer an, kommt man schnell zu der Feststellung, wir treten auf der Stelle. Die auf Hochglanz und Lack polierte Scheinwelt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, haben mehr als nur ein paar kleine Kratzer aufzuwei-



sen. Geschönte und frisierte Daten zur Arbeitsmarktpolitik, zum tatsächlichen Zustand unserer Wirtschaft, über Armut und Reichtum, Energiepolitik und vieles mehr, lassen nichts Gutes für die Zukunft erahnen.

Immer mehr Menschen stellen sich die Frage nach den Ursachen der Fehlentwicklungen in der Politik, Wirtschaft, der Gesellschaft und wer ist dafür verantwortlich. Die in wechselnden Koalitionen der letzten Jahre agierenden politischen Verantwortungsträger haben uns, in Verbindung mit den so genannten Wirtschafts- und Wissenschaftseliten, leider ein Erbe – eher politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Scherbenhaufen – hinterlassen, welcher im Interesse der Menschen dringend verändert werden muss.

Unsere Partei hat in den letzten Jahren, wiederholt und mit klaren Worten, die Probleme und Fehlentwicklungen in der Gesellschaft angesprochen. Sie hat Lösungsvorschläge erarbeitet und Angebote unterbreitet auf deren Grundlage sich positive Veränderungen für ein lebenswertes, sinnvolles und erfülltes Leben, des überwiegenden Teils unserer Menschen ergeben würde. Eine der zentralen Forderungen unserer Partei besteht darin, dass die Wirtschaft den Men-

schen zu dienen hat. Der sozial ökologische Umbau der Wirtschaft mit Augenmerk auf Nachhaltigkeit, ist ohne wenn und aber voranzutreiben. Arbeit muss sich wieder lohnen. An der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohnes, von 10 EUR führt kein Weg vorbei. Finanzmärkte sind durch Besteuerung und Regulierung, an die Kette zu legen. Damit es im Land gerechter zu geht, werden die frei werdenden finanziellen Mittel in Bildung, sozialen Wohnungsbau, zur Altersbetreuung, den Familien, zur Kinder- und Jugendbetreuung und vieles mehr zur Verfügung gestellt.

Als – Roter mit den grünen Daumen – setze ich mich für:  
Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Augenmaß und Nachhaltigkeit im Einklang mit der Natur ein.  
kostenlose, naturnahe, zukunftsorientierte und weltoffene Bildungspolitik.  
Die Wiederherstellung von Recht und Ordnung ein, damit der Spruch - im Namen des Volkes – seinen wahren gesellschaftlichen Sinn und Auftrag behält.  
Eine neue Kultur des gesell. Zusammenlebens in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.  
Den Kampf gegen rechtsgerichtetes Gedankengut und Aktivitäten von Personen deren kranke Ideologie sich im Faschismus begründet, um den Schwur von 1945, - nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus – nicht zu vergessen, damit keine Mutter mehr ihren Sohn oder Tochter beweinen muss. Für eine friedliche Außenpolitik.

## Biographisches

geb. 15. April 1951 in Kattnitz (Kreis Döbeln)  
verheiratet, 1 erwachsener Sohn  
Beruf: Gärtner  
Mitgliedschaft DIE LINKE  
1974 – 1977 Direktstudium in Dresden zum Dipl.-Ing. (FH)  
1979 – 1986 Fernstudium, Humboldt Uni Berlin zum Dipl.-Gartenbau-Ingenieur  
1965 – 2004 verschiedene Tätigkeiten im Bereich Garten- und Landschaftsbau (vom Lehrling, Geschäftsführer GPG zum Meisterbetrieb)  
2005 – 2009 Zentralverband Deutscher Solarstromerzeuger  
2010 – 2012 Öffentlichkeitsarbeit im Förderverein Kloster Buch  
2013 Berater im Bereich Garten- und Landschaftsbau in Kloster Buch

seit 2009 Stadtrat DIE LINKE in Döbeln  
seit 2010 Ortsvorstand DIE LINKE Döbeln, KV Mittelsachsen DIE LINKE  
seit 2012 Förderverein Kloster Buch  
seit 2012 Jagdgenossenschaft Noschkowitz

# Michael Leutert

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit 2005 vertrete ich die sächsische LINKE im Bundestag. Einsatz für soziale Gerechtigkeit, Wahrung ostdeutscher Interessen, konsequenter Antifaschismus: Dies sind Alleinstellungsmerkmale der LINKEN. Politische



Forderungen stets mit tragfähigen Konzepten zu unterlegen, war schon immer ein Kennzeichen unseres Landesverbandes. Für beides stehe ich mit meiner Arbeit als Haushaltspolitiker und als Sprecher der Landesgruppe Sachsen. Gerne möchte ich mit Eurer Unterstützung meine Arbeit fortsetzen. Darum bitte ich um Eure Stimme und Euer Vertrauen.

Im Haushaltsausschuss setze ich mich gemeinsam mit meinen Genossinnen und Genossen dafür ein, dass LINKE Politik sich rechnet. Eine andere Gesellschaft ist möglich. Es ist unsere Aufgabe, das mit Zahlen zu belegen. Ein persönlicher Schwerpunkt meiner Arbeit sind die deutsch-kubanischen Beziehungen. Es ist mir gelungen, nach 10jähriger diplomatischer ‚Eiszeit‘ 2012 die erste offizielle Delegation des Bundestages nach Kuba zu organisieren. Diesem ersten Schritt sind bereits weitere gefolgt. Einen anderen Schwerpunkt stellen die Verbindungen von Rüstungsindustrie und Politik dar. So konnte ich durchsetzen, dass die Rüstungsprojekte des Konzerns EADS, an denen der Bund beteiligt ist, offengelegt werden müssen. Die zivilen Gelder, die vom Forschungsministerium an Forschungsprojekte mit militärischer Beteiligung gehen, sind nun ebenfalls öffentlich. Rüstung in Deutschland hieß auch das Thema meiner Kreistour

2012 durch Sachsen. Jedes Jahr im Herbst bin ich in den Kreisverbänden mit einem Vortrag zum neuen Bundeshaushalt unterwegs. Sie sollen mehr Transparenz in die ebenso komplexe wie wichtige Haushaltspolitik bringen.

Als Sprecher der Landesgruppe Sachsen koordiniere ich die Arbeit unserer acht sächsischen Bundestagsabgeordneten mit der Politik des Landesverbandes. Diese Verbindung bringt beiden Seiten Nutzen. Jährlich veranstalten wir gemeinsam zu zwei politischen Schwerpunktthemen Touren durch Sachsen, darunter zum Beispiel eine Dialog- und Sozialtour und eine Tour zur Rente.

DIE LINKE ist die einzige konsequent antifaschistische Partei. Für mich ist der Kampf gegen Rechts seit meiner Jugend von zentraler Bedeutung. Obwohl alle Parteien angesichts der NSU-Morde im Bundestag gefordert hatten, sich den Nazis entgegenzustellen, wurde mir meine parlamentarische Immunität verweigert, weil ich mich in Dresden an Blockaden beteiligt habe. Auf Grundlage einer Anzeige der Nazis haben CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen den Weg für eine Anklage im Februar endgültig frei gemacht. Diese Entscheidung des Bundestags setzt friedliches Engagement gegen Nazis ins Unrecht. Ich möchte erreichen, dass mein Fall dazu beiträgt zu klären, dass friedliche Blockaden nicht strafbar sind.

Im Bundestag werde ich mich auch in den folgenden Jahren dafür einsetzen, dass unsere Losungen zu tragfähigen LINKEN Konzepten werden; dass sich die deutsch-kubanischen Beziehungen weiter verbessern; dass die Rüstungsindustrie nicht weiter von staatlichen Forschungsgeldern profitiert; dass die besondere Situation des Ostens wieder stärker berücksichtigt wird; und dass Antifaschismus nicht länger kriminalisiert wird.

## **Zu meiner Person:**

geboren am 8. August 1974 in Schlema; aufgewachsen in Mittweida; Studium an der TU Chemnitz und TU Dresden; Diplom-Soziologe; verheiratet; zwei Söhne: Paul und Noah; 8. März 1991 Parteieintritt; 1998–1999 Landesjugendkoordinator; 1999–2005 stellvertretender Landesvorsitzender; seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages; Mitglied im Haushaltsausschuss; Sprecher der Sächsischen Landesgruppe; Wahlkreis Chemnitz.

# Jörn Wunderlich

Seit 2005 engagiere ich mich vorrangig für Familienpolitik. In der laufenden WP habe ich unter anderem 12 Gesetzentwürfe mit erarbeitet und eingebracht. Bei etlichen Anträgen und Initiativen im Kinder- und Jugendbereich als auch bei Senioren und einer Vielzahl von Rechtsgebieten habe ich aktiv mitgewirkt.



Ich möchte auf diesem Gebiet weiter aktiv Politik gestalten, zumal im Bereich der Familie von der Regierung viel versprochen aber nichts gehalten wird. So sollte z.B. laut Koalitionsvertrag der Anspruch auf Unterhaltsvorschuss um 2 Jahre bis auf 14. Lebensjahr angehoben werden. Dies ist jedoch angeblich wegen der Kosten nicht umgesetzt worden. Derartige Argumente kann ich nicht gelten lassen, zumal für das völlig unnötige Betreuungsgeld Milliarden zur Verfügung stehen. Ebenso für Rüstungsausgaben. Würde die Regierung auf den Bau von Fregatten verzichten, wären die Mittel für Unterhaltsvorschuss und Alleinerziehende gesichert. Gerade bei Alleinerziehenden und deren Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren, hat die Regierung seit Jahren Hilfe und Maßnahmen nur versprochen aber nichts umgesetzt.

Im Bereich des Familienurlaubs will ich die Familienförderung für Freizeiten wieder anheben bzw. einführen, damit auch Familien mit geringem Einkommen mit ihren Kindern in die Ferien können. Im Bereich der Senioren habe ich die Seniorenpolitischen Leitlinien aufgestellt und für diese Legislatur weitergeführt, denn Alter darf nicht auf Pflege, Krankheit und Rente reduziert werden.

In allen Bereichen gilt es weiter Druck auf die Regierung aufzubauen, damit diese wichtigen Themen nicht wieder zum »Gedöns« verkommen. Dazu ist die Arbeit im Parlament sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen, Kommissionen, Anhörungen, Berichterstattegesprächen und Arbeitsgruppen extrem wichtig, denn es gilt auch dort andere zu überzeugen und Mehrheiten zu organisieren. Entsprechend sieht der Arbeitskalender in den Plenarwochen aus.

Für die Basisarbeit habe ich primär die sitzungsfreien Wochen genutzt. Denn es ist immens wichtig, ständig zu prüfen, wo die Probleme vor Ort liegen und wie sich Gesetze auswirken. So habe ich in den Wahlkreiswochen neben einer Vielzahl von Basisveranstaltungen fast alle Senioreneinrichtungen im Wahlkreis besucht. Daneben standen auch Kindereinrichtungen auf dem Arbeitsplan. In Limbach-Oberfrohna bin ich Ansprechpartner für die soziale und politische Bildungsvereinigung L.-O. und unterstütze diese im wichtigen Kampf gegen Rechtsextremismus, in dessen Rahmen ich auch landesweit und darüber hinaus unterwegs bin. Wie ihr seht, ist das Mandat ein umfassender Fulltime-Job, den man nicht schafft, wenn die Familie nicht hinter einem steht und wenn nötig, den Rücken freihält und stärkt. Familie ist eben wichtig. Deshalb darf das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht vernachlässigt werden. Für euer Vertrauen in meine weitere Tätigkeit möchte ich werben und bitten.

## Biographisches

Geb. am 16.01.1960 in Gladbeck  
 Abitur 1978 in Aurich  
 Juristische Staatsexamen 1987 und 1990  
 1991 Staatsanwalt in Chemnitz  
 1993 Richter am Amtsgericht Chemnitz bis gegenwärtig (z.Zt. a.D.)  
 Seit 2005 Mitglied des Bundestages  
 Vollmitglied im Rechtsausschuss und Familienausschuss, dort auch Obmann für die Fraktion und familienpolitischer Sprecher  
 Mitglied im Ältestenrat und zeichnungsberechtigter parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion  
 Stellvertretendes Mitglied in diversen Ausschüssen sowie im Beirat der Stasi-Unterlagenbehörde. Gerade hier ist Kontrolle wichtig.

# Andrea Schrotek

Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe zwei inzwischen erwachsene Kinder. Mein Geburtsort ist Röbel an der Müritz, seit 1987 lebe ich in Schneeberg im Erzgebirge. Von Beruf bin ich gelernte Verkäuferin mit der Qualifikation einer Verkaufstellenleiterin. Mein Mann arbeitet als selbstän-



diger Geologieingenieur. Nach der politischen Wende in der ehemaligen DDR wechselten sich berufliche Zeiten mit Arbeitslosigkeit ab. Um die letzte bisherige Arbeitslosigkeit zu überwinden, nahm ich eine dreijährige Tätigkeit als Verkaufstellenleiterin bei einer bekannten Drogeriekette in den alten Bundesländern auf. Die dauerhafte Trennung von der Familie und die gestiegenen Kosten für Fahrzeug und Lebenshaltung, zwangen mich diese Arbeit bei Frankfurt am Main zu beenden. Um die folgende Arbeitslosigkeit zu beenden, arbeitete ich als Minijobberin an der Kasse in einem Baumarkt und als Kellnerin in einer Gaststätte. Seit 2006 arbeitete ich ehrenamtlich in der Geschäftsstelle DER LINKEN in Aue und bin 2007 in den Kreisvorstand des ehemaligen Kreises Aue-Schwarzenberg gewählt worden. 2008 habe ich für DIE LINKE für den Kreistag des neu gebildeten Erzgebirgskreises kandidiert und 2009 bin ich in den Stadtrat meiner Heimatstadt gewählt worden. Seit 2009 bin ich Mitarbeiterin des Landtagsabgeordneten Rico Gebhardt (Bürgerbüro Aue und Annaberg-Buchholz). 2012 wurde ich zur stellvertretenden Kreisvorsitzenden DER LINKEN im Erzgebirgskreis gewählt. Stark engagiert bin ich auch in

der Frauenarbeit (Lisa) in meiner Partei. Statement:

Ich kandidiere jetzt nach 2009 zum zweiten Mal als Direktkandidatin für den Deutschen Bundestag.

Die Gründe für meine Kandidatur sind – leider – die gleichen wie 2009, weil sich in diesem Land nichts zum Positiven verändert hat, im Gegenteil die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Energiewende sollen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Aber DIE LINKE wirkt.

Die anderen Parteien schreiben immer mehr von uns ab. Nicht nur den Mindestlohn hat die neoliberale Einheitspartei aus CDU/CSU, FDP, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im jetzigen Wahlkampf entdeckt, nein auch die soziale Gerechtigkeit wollen sie vor der Wahl zum Thema machen. Was nach der Wahl passiert ist inzwischen hinlänglich bekannt. »Es ist unfair Parteien an ihren Wahlversprechen zu messen« (SPD, Müntefering) oder 0% Mehrwertsteuererhöhung (Merkelsteuer, SPD) plus 2% (CDU) sind dann in der großen Koalition 3%! Wir DIE LINKE sind die einzige Partei, die die vorherrschende antisoziale Politik bekämpft und Schluss machen will mit der Umverteilung des erwirtschafteten Reichtums von unten nach oben! Wir sind die einzige Antikriegspartei im Deutschen Bundestag, wir sind gegen Hartz IV, gegen die Rente mit 67. Als Maßstab meines politischen Handelns gilt für mich unser Erfurter Parteiprogramm, dass ich 2011 mit beschließen konnte. Ich trete auch an, weil ich 2009 ein ordentliches Wahlergebnis im Erzgebirge erzielen konnte und hoffe es wiederholen oder verbessern zu können.

# Sabine Zimmermann

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit 2005 gehöre ich dem Deutschen Bundestag an, bin arbeitsmarktpolitische Sprecherin unserer Fraktion sowie Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages. Somit darf ich als überzeugte LINKE genau



zu den Themen arbeiten, welche die Menschen in besonderem Maße betreffen und für die ich mich, auch als aktive Gewerkschafterin, seit vielen Jahren engagiere: Gute Arbeit - Soziale Gerechtigkeit - Existenzsichernde Renten - Soziale Sicherheit  
Kurzum: Ein Leben in Würde, für alle Menschen!

Arbeit, von der man leben kann, gute Arbeitsbedingungen, eine Beschäftigung, die Freude bereitet, ist leider schon lange nicht mehr der Normalfall. In keinem anderen Land Europas ist mittlerweile der Niedriglohnsektor so stark ausgeprägt und angestiegen wie in Deutschland, insbesondere hier im Osten wissen wir genau, was es heißt von niedrigsten Löhnen nicht leben zu können und den demütigenden Gang zum Jobcenter für ergänzende Hartz IV-Leistungen antreten zu müssen. Immer mehr und viel zu Viele finden sich wieder in prekärer Beschäftigung wie Leiharbeit, Teilzeit und Minijobs, von der man nicht leben und erst recht keine auskömmliche Rente erreichen kann. Altersarmut ist aber kein Zukunftsthema, wir befinden uns bereits mittendrin. Immer mehr Rentnerinnen und Rentner beziehen Grundsicherung im Alter oder müssen weiter arbeiten, um über die Runden zu kommen. Abertausende erwerbslose Menschen werden

mit Sperrzeiten und Sanktionen drangsaliiert. Massenarbeitslosigkeit ist kein Phänomen vergangener Zeiten, sondern insbesondere im Osten immer noch der Alltag vieler Menschen. Als DIE LINKE haben wir im Bundestag Antworten in Form von Anträgen und Gesetzentwürfen zu diesen drängenden Fragen gegeben, mit unseren Initiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn, die Abschaffung der systematischen Niedriglohnbeschäftigung in Form der Leiharbeit, die Überführung der Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die Einführung der Solidarischen Mindestrente, Angleichung des Rentenwertes, Abschaffung der Sanktionen und vieles mehr. DIE LINKE war und ist die einzige Fraktion im Bundestag, die umfassende Vorschläge gemacht hat, um die soziale Situation in unserem Land nachhaltig zu verbessern. Parallel zur parlamentarischen Arbeit ist es von großer Bedeutung vor Ort dauerhaft und glaubwürdig präsent zu sein, um die Sorgen und Nöte der Menschen zu verstehen und auf der Straße Druck zu machen, gemeinsam mit anderen Initiativen, Organisationen und Vereinen. Dies muss noch mehr als bislang unsere ausgewiesene Stärke werden. In diesem Zusammenhang werde ich auch nicht müde, für die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu werben. Für Euer bisheriges Vertrauen möchte ich mich bedanken und werbe für Eure Stimme, um den begonnenen Weg fortzusetzen.

## Biographisches

Geboren am 30. Dezember 1960 in Pasewalk; verheiratet, 2 Kinder.  
Bis 1977 Allgemeinbildende Oberschule, Abschluss 10. Klasse. 1977 bis 1980 Berufsausbildung zur Anlagentechnikerin mit Abitur. Studium zur Baustofftechnologie.  
1984 – 1990 VEB Ziegelwerke Karl – Marx – Stadt in Zwickau, Tätigkeit als Technologin  
seit 1992 als Gewerkschaftssekretärin beim DGB Sachsen tätig (zurzeit Regionsgeschäftsführerin DGB Südwestsachsen)  
seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis Zwickau)  
Ortsverbandsvorsitzende DIE LINKE Werdau (Kreisverband Zwickau)  
Mitglied des Vorstandes Partei DIE LINKE

# Janina Pfau

Immer wieder fragen sich viele Menschen, auch in meinem ländlichen Wohnumfeld, wann werden im Bundes- und Landtag endlich Gesetze und Maßnahmen beschlossen, die für uns einfache Menschen echte Hilfen und Unterstützung gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krisen bringen? Die Menschen



wünschen sich eine gesicherte Zukunft und Lebensbedingungen, bei denen ihre Würde und bisherigen Lebensleistungen anerkannt werden. Sie wollen und brauchen einen Schutzschirm und das Gefühl, dass die Politik die Bedürfnisse der Menschen über Renditeerwartungen der Wirtschaft stellen. Die Vogtländer haben in den letzten Jahren immer wieder spüren müssen, wie machtlos sie gegenüber der Profitgier der Unternehmen sind. Der einstige Industriestandort hat fast alle seine großen Industriebetriebe verloren, und Leiharbeit scheint schon zum guten Ton zu gehören.

Da ich in einer kleinen Gemeinde wohne, bemerke ich immer mehr, dass öffentliche Daseinsvorsorge zurückgedrängt wird. Besonders im Bereich der Gesundheitsversorgung und Pflege bekommen dies die Bürgerinnen und Bürger im ländlichen Räumen zunehmender zu spüren. Die Zahl der niedergelassenen Allgemeinmediziner nimmt dramatisch ab. Auf einen Termin bei einem Facharzt warten Patienten Monate lang. Viele Fachärzte nehmen keine neuen Patienten mehr an. Die fortschreitende Privatisierung von Krankenhäusern geht auf Kosten der Patienten. Im Bereich der Pflege herrschen oft schlechte Arbeitsbedingungen. Das Problem der Überalterung wird diese Situation wei-

ter verschärfen. Die Kommunen sind aber nicht allein in der Lage, Abhilfe zu schaffen.

Hier ist die Bundespolitik gefragt. Genau für diesen Bereich möchte ich mich einsetzen. Den StudentInnen der Medizin müssen Anreize geschaffen werden, Allgemeinmedizin zu studieren und sich später auf dem Land niederzulassen. Viele Ärzte scheuen neben den Arbeitszeiten auch den großen bürokratischen Aufwand. Die Bundesebene muss die Kommunen bei der Einrichtung von Polikliniken oder Medizinischen Versorgungszentren unterstützen. Die von Bund und Kommunen vorangetriebenen Privatisierungen der Krankenhäuser führte vielerorts zu Entlassungen, mehr Stress und schlechtere Arbeitsbedingungen für das Personal. Privatisierte Kliniken betrachten Patienten nach Gewinn- und Verlustrechnung, dies ist unmenschlich. Krankenhäuser gehören nicht in private Hand. Es gibt genug Beispiele, in denen kommunale Krankenhäuser wirtschaftlich arbeiten können, aber dies nicht auf Kosten von Qualität, Patienten oder Personal. Das bewährte Modell der Gemeindegewerkschaft sollte wiederbelebt werden. Damit in ländlichen Gegenden zumindest eine medizinische Grundbetreuung gewährleistet ist.

Gesundheit ist ein zu wichtiges Gut, als dass man dies kapitalistischen Interessen unterwerfen darf.

## Biographisches

Janina Pfau

Geburtsdatum: 12.10.1983

Parteimitgliedschaft: seit 2004

Studentin

Mitglied von Verdi

Parlamentarische Erfahrungen:

Gemeinderätin in Neuensalz (Vogt-

landkreis), Ortschaftsrätin in Mechel-

grün (Vogtlandkreis), Beratende Bür-

gerin des Kreistages Vogtlandkreis

Parteiliche Funktionen: Kreisvorsitzende des

Kreisverbandes Vogtland, Ortsvorsitzende

OV, Oelsnitz/Vogtl., Landesratsmitglied

# Thiemo Kirmse

Der Wahlkampf zu den Bundestagswahlen 2013 hat schneller begonnen als wir glaubten. Das Model Rot-Rot-Grün scheint eine Alternative für uns. Ist es das auch für die anderen beiden Parteien? Es wird sich schon im September zeigen.



Bis dahin werden wir daran arbeiten, dass eine so zerrissene Bundestagsfraktion, wie wir sie in der jetzigen Wahlperiode haben, nicht wieder entsteht und ihr die Kräfte für die eigentliche Arbeit entzieht die Durchsetzung linker, sozialistischer Politik. Eine Herausforderung, die vor allem an Personen geknüpft ist.

Freunde innerhalb und außerhalb der Partei sind auf mich zugekommen und haben mich gefragt, warum ich nicht nach 25 Jahren politische Arbeit in Chemnitz kandidieren will. Schließlich ist es meine persönliche und politische Heimat. Ich bin hier verwurzelt. Nach zehn Jahren politischer Bildungsarbeit, nach acht Jahren Arbeit im Stadtvorstand der PDS und der LINKEN. Nach vielen Jahren der politischen Arbeit in Vereinen und Verbänden, auch an der Universität, gehe ich nun diesen Schritt.

Ich möchte das Augenmerk wieder auf die für DIE LINKE so wichtigen Grundsätze Wirtschaft, Arbeit und Soziales zu lenken.

1. Der Solidarpakt I und II sollten dazu beitragen, dass die neuen Bundesländer wirtschaftlich mit den Altbundesländern gleichziehen können. Dieses Ziel ist bisher weit verfehlt worden. Sowohl die Lohnangleichung als

auch leistungsfähige Wirtschaftsstrukturen sind nicht erreicht worden. Der Solidarpakt II wird 2019 auslaufen; die kommenden Mitglieder des Bundestages werden über eine Fortsetzung entscheiden. Bis dahin werden die Sonderzuweisungen jährlich reduziert, womit das Ende des Aufbau Ost eingeleitet ist. Diesem will ich entgegenwirken.

2. Das eine gute Wirtschaftspolitik eine gute Arbeitsmarktpolitik ist, wird oft herausgestellt. Nur folgt der wirtschaftlichen Entwicklung in den seltensten Fällen eine Anhebung der Reallöhne. Die Debatte um Mindestlöhne wird von der schwarz-gelben Regierung behindert, kleingeredet oder ignoriert, ebenso wie die Forderung der Gewerkschaften und progressiver linker Kräfte im Land nach dieser Mindestsicherung. Dieser Kampf muss durch eine starke LINKE und durch ihre Vertreter in den Parlamenten intensiviert werden.

Nicht zuletzt sind die Bankenkrise und ihre verheerenden Folgen für die Realwirtschaft durch die Bürger unseres Landes jeden Tag zu spüren. Die Milliardenhilfen für systemrelevante Banken werden auf Kosten der Steuerzahler, der Familien, Rentner und Arbeitnehmer gewährt. Sozialleistungen werden gekürzt, soziale und kulturelle Projekte leiden unter den Sparfolgen.

Sowohl drohende Altersarmut, die Restriktionen durch die Hartz VI-Gesetze als auch Mindestlohn und sozial-ökologische Umbau mit einer nachhaltigen Entwicklung unserer Gesellschaft sind Aufgabengebiete die im Fokus meiner Arbeit stehen werden.

3. Aufgrund meiner Qualifikation als Informatiker, habe ich auf dem Gebiet der Informationstechnik und der Internetmedien Erfahrungen, die im Informationszeitalter wichtig sind. Fachkompetenz gepart mit politischen Standpunkten sind wichtig in der Fraktion. Besonders in der neuen Medienwelt und wenn man Parteien wie der Partei »Die Piraten« kompetent entgegentreten will. Auf das Wissen von Ingenieuren und Fachkräften der Industrie sollten wir viel mehr zurückgreifen. Auch sollten Arbeiter viel mehr in den Parlamenten vertreten sein.

## Biographisches

Jahrgang 1969, seit 1988 in Karl-Marx-Stadt/Chemnitz zu Hause. Ich habe Informatik studiert, bin seit 25 Jahren politisch aktiv. stellv. Vorsitzender der LINKEN in Chemnitz zehnjährige Arbeit für die RLS Sachsen

# Thomas Kachel

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich bitte um Eure Stimme für meine Kandidatur auf der Landesliste der sächsischen LINKEN zum Bundestag. 1989 war ich schon einmal ‚Kandidat‘ (der SED), 1991 wurde ich dann Mitglied der PDS - der Golf-Krieg



brachte mich ‚zurück auf den Boden der kapitalistischen Tatsachen‘ (Volker Braun). Seitdem engagiere ich mich inner- und außerhalb der Partei für friedenspolitische und internationalistische Inhalte. In der Linken StudentInnengruppe an der Uni Leipzig moderierte ich antifaschistische Lesungen, während meines Studiums an der Uni Cambridge in Großbritannien organisierte ich Anti-Kriegs-Podien und half bei der Organisation der Millionen-Demo gegen den Irak-Krieg 2003 in London mit. 2005 gründete ich die Internet-Plattform ‚Lavka‘ mit, die für unseren Landesverband vor allem friedenspolitische Kontakte nach Tschechien und Polen knüpfte, 2007 gehörte ich zu den Initiatoren der Landesarbeitsgemeinschaft Frieden und Internationale Politik des sächsischen Landesverbands. Ich bin Organisator der friedenspolitischen Abende des Leipziger Stadtverbandes, und seit 20 Jahren auch Autor des ND vor allem für friedenspolitische und europapolitische Themen. Bis voriges Jahr verfolgte ich diese Inhalte ehrenamtlich – neben meinem Beruf als Berufsschullehrer in Leipzig und der Arbeit an meiner Promotion. In dieser Zeit habe ich viel gelernt: Über die Friedensbewegung, über die Reibungen und die Solidarität zwischen der Friedensbewegung und uns als Partei. Und über die (harte, aber lohnende) Arbeit, unsere

Anti-Kriegs-Position auch auf der Straße im Wahlkampf an den Mann/die Frau zu bringen. Seit letztem Jahr ‚lerne‘ ich Friedenspolitik als sicherheitspolitischer Referent der Bundestagsfraktion: Ich sehe mit eigenem Auge, wie von Seiten der etablierten deutschen Politik immer rabiater versucht wird, den Interventionismus zur Doktrin der deutschen Außenpolitik zu machen, ergänzt durch die Merkel-Doktrin der ‚Interessenwahrung‘ durch Waffenexport. Nach diesen Lehrjahren möchte ich nun selbst mittun. Ich möchte ich drei Aufgaben beschreiben, die ich mir für eine Abgeordnetentätigkeit im Bundestag stelle. Ich möchte zum ersten offensiv für die friedenspolitischen Grundsätze der LINKEN werben. Hier muss es besonders darum gehen, eine alternative friedenspolitische Vision zu entwickeln, einen ‚Interventions-Ausstieg‘, der konkret genug ist, um damit auch friedenspolitisch orientierte Wähler anderer Parteien zu erreichen. Zum zweiten möchte ich mit dazu beitragen, dass Friedenspolitik wieder stärker im Landesverband in den Fokus rückt: eine der ersten Aufgaben wird hier sein, der Bundeswehr öffentliche Räume streitig zu machen, die sie nutzt, um immer mehr junge Sächsinen und Sachsen zum Waffendienst zu verführen. Die Hälfte aller in Auslandseinsätzen getöteter Bundeswehr-Soldaten kommt aus Ostdeutschland. Diesem grusligen ‚Blutzoll‘ Einhalt zu gebieten, müssen wir auch als unsere Aufgabe begreifen. Und zum dritten: Die Friedensfrage hat eine große kulturelle Kraft, sowohl nach außen als auch innerparteilich. Sie ist eine kulturelle Brücke, die die Partei über viele Meinungsverschiedenheiten in anderen Fragen hin eint. Ich möchte mit meinen Verbindungen dazu beitragen, dass das Verstehen zwischen Ost und West in unserer Partei auch über diese Brücke wieder besser funktionieren kann. Auch dafür bitte ich um Euer Vertrauen. Meine Kandidatur wird befürwortet vom BundessprecherInnenrat der BAG Frieden und Internationale Politik der LINKEN, und vom Zusammenschluss ‚Frieden und Gedenken‘ des Stadtverbandes Leipzig.





[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)



[www.facebook.com/dielinke.sachsen](https://www.facebook.com/dielinke.sachsen)